



## Bericht über die Sitzung 1/2010 des Hauptausschusses am 11. März 2010 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

### ÜBERGÄNGE IN DIE BERUFSBILDUNG

Die Gestaltung der Übergänge in die Berufsbildung war ein seit langem geplantes Schwerpunktthema, dem sich der Hauptausschuss mit großer Intensität widmete und das aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und diskutiert wurde. Zur Berufsorientierung und Berufsberatung berichtete JÜRGEN SPATZ, Bundesagentur für Arbeit (BA), über deren Aktivitäten und informierte insbesondere auch über Finanzierungsaspekte und Kosten, über Eintritte in ausbildungsfördernde Maßnahmen, über die Inanspruchnahme des Ausbildungsbonus und Veränderungen des Übergangssystems. Es gebe zur Zeit zu viele Akteure, die bei der Gestaltung der Übergänge in die Berufsbildung zumeist unkoordiniert nebeneinander agierten. Das Ziel sollte sein, alle Beteiligten unter einem Dach zusammenzubringen, um klare Wege gemeinsam aufzuzeigen, die jeweiligen Maßnahmen abzustimmen und für jeden Jugendlichen ein Ausbildungsangebot vorzuhalten. Dieser Gedanke stehe auch hinter dem neuen Konzept der BA zu Jugendberufsagenturen.

In der Diskussion wurde großes Interesse bekundet, in Anbetracht der erheblichen BA-Mittel, die in die Programme fließen, Näheres über deren Wirkung zu erfahren und Maßnahmen zur Berufsorientierung regelmäßig zu evaluieren. Bislang lägen entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse nicht vor. ANDREAS HENKES, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), machte in diesem Zusammenhang auf fünf Evaluierungsvorhaben seines Ministeriums zur Berufseinstiegsbegleitung, zum Ausbildungsbonus, zu EQ, zur Berufsvorbereitung (Hauptschulabschluss) und zur beruflichen Teilhabe behinderter Menschen (mit Fokus auf Jugendliche) aufmerksam. Schon jetzt hätten Studien erwiesen, dass Investitionen ins Übergangssystem langfristig gut investiertes Geld seien und vor allem leistungsschwachen, benachteiligten und behinder-

ten jungen Menschen unmittelbar zugute kämen. Ein weiterer Punkt der Beratung betraf die Forderung des Hauptausschusses, im Zuge der anstehenden gesetzlichen Neuregelung die Zuständigkeit für die Ausbildungsstellenvermittlung von den Argen und Optionskommunen im Interesse einer optimalen Betreuung junger Menschen bundeseinheitlich an die BA bzw. die Arbeitsagenturen vor Ort zurückzuverweisen.

Im Anschluss an die Berichterstattung der BA stellten Hamburg und NRW ihre Konzepte zur Optimierung des Übergangssystems vor. Beide von VOLKMAR SWOBODA, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, und RAINER SCHULZ, Hamburger Institut für Berufliche Bildung, präsentierte Konzepte dienen dem Ziel, den Übergang Schule – Beruf kohärent zu gestalten und alle Beteiligten dabei entsprechend einzubinden. Die Vielzahl bislang existierender unzusammenhängender, konkurrierender, ineffektiver Maßnahmen soll sinnvoll und zielführend gebündelt und stringent neu geordnet werden. Es sei eine der existentiellsten Aufgaben in der Berufsbildung, die Übergänge zu optimieren. Bei einer in allen Ländern grundsätzlich vergleichbaren Problematik sollte man versuchen, so der Tenor der Diskussion, bundesweit eine konsistente Lösung zu finden, wie sie hier für Hamburg und NRW beispielhaft vorgestellt worden seien. Mit Bezug auf das Stichwort Bildungsketten wurde das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aufgefordert, bei weiteren Überlegungen und Aktivitäten auf bestehende Strukturen zu achten, die bereits in den Regionen angelegt seien. Nichts sei schlechter und kontraproduktiver, als Initiativen in den Ländern und Regionen nicht zur Kenntnis zu nehmen oder diese gar durch neue Vorhaben zu konterkarieren. Manfred Kremer, Präsident des BIBB, verwies auf die Verpflichtung der Schulen, Schüler/-innen so zu qualifizieren, dass sie ohne unproduktive Zwischenstufen in Ausbildung und Beruf einmünden. Er hält es für problematisch, dass Schulen nach dem Schulabschluss keine weitere Verantwortung für das Gelingen des Übergangs in die Ausbildung oder die nächste Bildungsphase haben.

### ENTWICKLUNGSSTAND DQR

Zum Thema DQR fand ein Gedankenaustausch mit der Vorsitzenden des Arbeitskreises DQR von Bundesregierung und KMK, Dr. SUSANNA SCHMIDT (BMBF), statt. Sie betonte, dass der von allen Bildungsbereichen getragene DQR-Prozess deutlich gemacht hat, dass outcomorientierte Abschlüsse und Qualifikationen allen acht Niveaus zugeordnet werden können. Es bestehe über alle Bildungsbereiche hinweg grundsätzlich die Bereitschaft, eine „gemeinsame Sprache“ zu finden. Deutlich sei zugleich, dass man noch nicht am Ende des Weges stehe, sondern erhebliche Herausforderungen zu meistern seien. Es müsse darum gehen, Unterschiedliches, aber Vergleichbares mit geeigneten Profilen zu begründen, also keine Gleichartigkeit, sondern Gleich-

## Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung



Die BWP-Ausgabe 5/2007 befasst sich im Themenschwerpunkt mit Fragen zur „Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung“. In 13 Beiträgen wird das Thema aufgegriffen und sowohl aus wissenschaftlicher als auch praktischer Sicht beleuchtet. Dargestellt werden auch die Erfahrungen und Erkenntnisse aus einschlägigen Modellversuchen.

Im Kommentar „Der lange Weg der Nachhaltigkeit“ erhebt BiBB-Präsident Manfred Kremer die nach wie vor aktuelle Forderung, der nachhaltigen Entwicklung einen hohen Stellenwert einzuräumen. Er betont, dass ein dauerhaft nachhaltiges Handeln nur dann erreicht wird, wenn Nachhaltigkeit gelebte Wirklichkeit und zum Bestandteil beruflicher Sozialisation wird.

**Kostenloser Download** des gesamten Hefts sowie einzelner Beiträge der Ausgabe unter [www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1703](http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1703)

**BiBB**

wertigkeit festzustellen. Alle Bildungsbereiche sollten gemeinsam Kurs halten und in die öffentliche Debatte zum DQR eintreten. Wichtig sei es, Argumente auszutauschen und nicht auf Besitzstände zu pochen. Bei allem sollte auch die Entwicklung in den Nachbarstaaten mitbedacht werden. Letztlich werde man den DQR nicht gegen eine gesellschaftliche Gruppe installieren können. Er müsse von allen Beteiligten getragen werden. Die Hauptpunkte der sich anschließenden Diskussion betrafen die Einordnung allgemeiner Abschlüsse in die DQR-Matrix, die Säulenstruktur des DQR, die Zuständigkeit für die Zuordnung von Qualifikationen zu Niveaus, die Art und Weise der Zuordnung (Stichwort individuell oder nach Abschlüssen pauschal), die Entwicklung von Deskriptoren für die Niveauzuordnung und die Vergleichbarkeit der Qualifikationen Meister/-in und Bachelor. Falsch wäre, wenn der DQR ausschließlich an einer Arbeitsmarktverwertbarkeit ausgerichtet sei, so ein weiteres Anliegen, statt sich der allgemeinen Persönlichkeitsbildung zu verpflichten. Zum weiteren Verfahren wird der Hauptausschuss eine Empfehlung erarbeiten, die die Errungenschaften der beruflichen Bildung bei der Qualitätssicherung darstellt und weitere Schritte deutlich macht.

### BERUFSBILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Außerdem widmete sich der Hauptausschuss noch dem Thema Nachhaltigkeit in der Berufsbildung. DAGMAR WINZIER, BIBB, stellte Ergebnisse ihrer Untersuchung zur Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung vor und informierte über die Ausschreibung einer Förderrichtlinie zur Durchführung des Förderschwerpunkts „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen der Modellversuchsförderung des BMBF. Dabei sollen Projekte ausgewählt werden, die geeignet sind aufzuzeigen, welche Qualifizierungsbedarfe bestehen und wie nachhaltige Entwicklung in der Berufsbildungspraxis umgesetzt werden kann. In der Diskussion wurde betont, dass Nachhaltigkeit nur integriert und fachgebunden vermittelt werden könne. Ökonomische und soziale Aspekte fänden in der Wahrnehmung und Umsetzung weniger Beachtung als ökologische. Nachhaltigkeit sei im Übrigen nicht nur ein Thema bei der Gestaltung von Ordnungsmitteln, sondern gerade auch eine Aufgabe für die Führungsebene. Arbeitgeberseits wurde dahingehend appelliert, das Thema trotz aller unbestrittenen Relevanz nicht als eigenes Lernziel zu definieren, sondern als Querschnittsaufgabe zu behandeln. Zahlreiche Aspekte der Nachhaltigkeit seien schon jetzt Bestandteil der Ausbildung in vielen Bereichen.

### STELLUNGNAHMEN UND BESCHLÜSSE

Der Hauptausschuss verabschiedete mehrheitlich eine gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung, die ausdrücklich nicht von den Beauftragten der Arbeitgeber mitgetragen wurde. Diese Stellungnahme und die jeweiligen Voten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder sind bereits als Beilage zur BWP 2/2010 Anfang April erschienen. Von allen Bänken wurde kritisiert, dass der Entwurf des Berufsbildungsberichts etliche Tage vor der Sitzung des Hauptausschusses an die Presse gelangt war, obwohl er diesem vertraulich zugegangen war. Dass Aussagen des Berufsbildungsberichts dann auch noch völlig falsch von der Presse interpretiert worden seien, gebe der Angelegenheit eine zusätzlich belastende Note.

Der Hauptausschuss stimmte schließlich den Entwürfen der Verordnungen über die Berufsausbildung zum Böttcher/zur Böttcherin, zum Büchsenmacher/zur Büchsenmacherin, zum Segelmacher/zur Segelmacherin, zum Papiertechnologen/zur Papiertechnologin, zum Buchhändler/zur Buchhändlerin, in der Geoinformationstechnologie, zum Revierjäger/zur Revierjägerin, zum Pferdewirt/zur Pferdewirtin, zum Technischen Konfektionär/zur Technischen Konfektionärin und zum Feinwerkmechaniker/zur Feinwerkmechanikerin zu. ■